

Yu-Hsi Nieh

Zur Zukunft Hongkongs

1 Die sino-britische Vereinbarung von 1984 über die Rückgabe der Kronkolonie

Nach über 150 Jahren britischer Kolonialherrschaft wird Hongkong am 1. Juli d.J. an China zurückkehren. Dies ist ein großes historisches Ereignis, nicht nur für die Chinesen, sondern - da das Territorium ein wichtiges internationales Verkehrs-, Handels- und Finanzzentrum ist - für die ganze Welt. Außerdem handelt es sich dabei um die Vereinigung zweier unterschiedlicher politischer und sozialer Systeme - eines kommunistischen und eines kapitalistischen. Angesichts der Tragödie Südvietnams nach dem Indochina-Krieg mit der Massenflucht der "Boatpeople" sowie der Integrationschwierigkeiten der neuen Bundesländer nach der deutschen Wiedervereinigung fragt man sich, wie wird die Zukunft Hongkongs nach dem bevorstehenden Machtwechsel aussehen?

Gemäß der sino-britischen "Gemeinsamen Erklärung" von 1984 hat sich die Regierung Beijing unter dem Motto "ein Staat, zwei Systeme" verpflichtet, nach der Rücknahme der Kronkolonie eine Sonderverwaltungszone (SVZ) Hongkong einzurichten, die unmittelbar der chinesischen Zentralregierung untersteht. Abgesehen von den der Zentralregierung zustehenden außenpolitischen und Verteidigungsangelegenheiten wird die SVZ mit Exekutiv-, Legislativ- und unabhängigen Rechtsprechungsbefugnissen ausgestattet sein. Hongkong bleibt weiterhin ein Freihafen und separates Zollgebiet. Außer Kriegsschiffen, die für die Einfahrt in den Hongkonger Hafen eine Sondergenehmigung von Beijing brauchen, haben alle Schiffe gesetzmäßig Zugang zum Hongkonger Hafen. Alle Luftfahrtgesellschaften, die in Hongkong eingetragen sind, können weiter zivilluftfahrtbezogene Geschäfte betreiben. Die SVZ-Regierung kann unter konkreter Ermächtigung der Zentralregierung mit anderen Staaten und Regionen die bestehenden Luftfahrtverträge verlängern, verändern oder neue Abkommen abschließen, sofern sie keine Flüge nach, von oder über anderen Gebieten Chinas betreffen.

Wirtschaftlich - so weiter nach der Gemeinsamen Erklärung - unterhält Hongkong als SVZ auch in Zukunft eine freie Handelspolitik, einschließlich des freien Waren- und Kapitalverkehrs. Als einheimische Währung bleibt der Hongkong-Dollar im Umlauf und frei konvertierbar. Privateigentum, Unternehmensbesitz, Erbrecht und ausländische Investitionen sind weiter durch Gesetz geschützt. Die chinesische Zentralregierung wird in der SVZ keine Steuern erheben; die SVZ wird ein unabhängiges Finanz- und eigenes Rechnungswesen führen.

Was das soziale Leben anbetrifft, so wird in der Gemeinsamen Erklärung vorgesehen, daß die SVZ-Regierung die in den bisherigen Gesetzen verankerten Rechte und Freiheiten der Einwohner bewahren soll, einschließlich der Freiheit der Person, der Rede, der Presse, der Versammlung, der Vereinigung, der Gründung von und Teilnahme an Gewerkschaften, der Korrespondenz, der Reise, des Umzuges, des Streikes, der Demonstration, der Berufswahl, der wissenschaftlichen Forschung, des Glaubens, der Unverletzlichkeit der Wohnung, der Eheschließung sowie des Rechts auf Entscheidung bei der Familienplanung. Um die Gewährleistung der Religionsfreiheit zu verdeutlichen, versicherte die chinesische Regierung noch, daß religiöse Organisationen und Gläubige in Hongkong nach dem Machtwechsel ihre Beziehungen mit anderen kirchlichen Organisationen anderswo beibehalten sowie den Betrieb von Schulen, Krankenhäusern und Wohlfahrts-einrichtungen fortsetzen dürfen.

Ferner soll das bestehende Bildungswesen Hongkongs nach dem Machtwechsel unverändert bleiben. Die SVZ-Regierung kann in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft und Technik eigene Richtlinien beschließen, einschließlich der in bezug auf das Bildungssystem und die -verwaltung, die Unterrichtssprache, die Verteilung der Geldmittel, das Prüfungssystem, das System der akademischen Grade und die Anerkennung von Bildungs- und technischen Qualifikationen. Lehranstalten aller Art, einschließlich der von religiösen und sozialen Organisationen betriebenen Schulen und Hochschulen können ihre Autonomie beibehalten.

Auch außenpolitisch darf die SVZ unter der Bezeichnung "Hongkong, China" eigenverantwortlich mit anderen Staaten, Regionen und einschlägigen internationalen Organisationen Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Finanzen, Schifffahrt, Nachrichtenwesen, Tourismus, Kultur und Sport unterhalten und entwickeln sowie diesbezügliche Abkommen abschließen und durchführen. Sie darf nach Bedarf im Ausland offizielle oder halbamtliche Wirtschafts- und Handelsmissionen errichten, wobei eine Anmeldung bei der chinesischen Zentralregierung reicht. Die Einrichtung ausländischer Konsulate und anderer offizieller oder halbamtlicher Vertretungen in der SVZ bedarf jedoch einer Genehmigung der Zentralregierung. Die vor dem Machtwechsel in Hongkong bestehenden Konsulate und offiziellen Vertretungen von Staaten, die diplomatische Beziehungen mit der VR China haben, können bleiben, und die von Staaten ohne diplomatische Beziehungen mit der VR China dürfen je nachdem weiter bleiben oder in halboffizielle Institutionen verwandelt werden. Staaten, die von der VR China nicht anerkannt werden, können nur inoffizielle Vertretungen errichten.

Zur Demonstration ihrer Souveränität über Hongkong wird die VR China in der SVZ Truppen stationieren, für die die Zentralregierung die Kosten übernimmt. Die Streitkräfte sollen sich jedoch nicht in die inneren Angelegenheiten der SVZ einmischen. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung fällt in die Verantwortung der SVZ-Regierung. Die Regierung und das Parlament der SVZ werden sich aus örtlichen Bewohnern zusammensetzen. Der Regierungschef wird durch lokale Wahlen oder Konsultationen bestimmt und dann von der Zentralregierung ernannt. Die Führungsspitzen (Ministern entsprechend) werden vom Regierungschef nominiert und dann von der Zentralregierung offiziell ernannt. Mit Ausnahme dieser

Ämter können alle vor dem Machtwechsel beim öffentlichen Dienst (einschließlich der Polizei) Hongkongs beschäftigten Chinesen und Ausländer (hauptsächlich Briten) ihre Posten weiter behalten. Die Exekutive muß dem Gesetz treu bleiben und trägt die Verantwortung gegenüber dem Legislativorgan.¹

2 Streit während der Übergangszeit

In der Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung ist zwar von der Wahl des SVZ-Legislativorgans die Rede, doch die Wahlmethode wurde nicht erwähnt. Ebenfalls unklar ist, ob das Parlament das Mißtrauensvotum besitzen soll.

Offensichtlich haben sich die Vertragsparteien damals auf die künftige Regierungsform Hongkongs nicht geeinigt - oder nicht einigen können. Infolgedessen gerieten beide Seiten ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages schon in Streit, als die Briten planten, eine westliche Demokratie in Hongkong einzuführen, wie sie es bislang bei jeder Aufgabe einer Kronkolonie getan hatten. So wurde ihnen von den Chinesen vorgeworfen, vom Abkommen 1984 abzuweichen und ein für die kommunistische chinesische Regierung unberechenbares oder sogar unannehmbares *Fait accompli* in Hongkong vor der Übergabe 1997 zu schaffen. Die zukünftige Regierungsform Hongkongs werde nur vom chinesischen Grundgesetz für die SVZ Hongkong vorgeschrieben, und jede politische Reform in Hongkong während der Übergangszeit müsse auch mit dem Grundgesetz koordiniert werden, so argumentierte Beijing.

Erst am 4. April 1990 wurde vom chinesischen Nationalen Volkskongreß (NVK) das Grundgesetz für die SVZ Hongkong verabschiedet. Zur Bildung der ersten Regierung und des ersten Legislativrats der SVZ faßte der NVK gleichzeitig einen Sonderbeschluß; danach soll der erste Regierungschef von einem Wahlgremium durch lokale Konsultationen oder Wahlen nominiert und dann von der Zentralregierung in Beijing ernannt werden. Der erste Legislativrat der SVZ wird aus 60 Mitgliedern bestehen, und zwar 20 davon nach geographischen Wahlbezirken direkt, 10 vom Wahlgremium und 30 von wirtschaftlich-sozialen Funktionskörperschaften ("functional constituencies") indirekt gewählt. Ferner heißt es, wenn die Zusammensetzung des letzten Legislativrats vor der Errichtung der SVZ den einschlägigen Bestimmungen des NVK-Sonderbeschlusses entspricht, können solche Mitglieder, die das Grundgesetz unterstützen, der SVZ Hongkong in Treue dienen wollen und den Anforderungen des Grundgesetzes genügen, nach Bestätigung durch das Vorbereitungskomitee (VBK) für die Rücknahme Hongkongs Mitglieder des ersten Legislativrats der SVZ werden.

Kurz vor der Verabschiedung des Grundgesetzes für die SVZ hatten sich London und Beijing darauf geeinigt, die Anzahl der direkt gewählten Mitglieder des letzten Legislativrats vor sowie des ersten nach der Wende 1997 auf 20 festzulegen. Spektakulär kündigte der neue Gouverneur von Hongkong, Chris Patten, am 7. Oktober 1992 in seiner Antrittsrede vor dem Legislativrat einen brisanten Plan zur Reform der Legislativratswahl 1995 an, also der letzten Wahl unter der britischen Kolonialregierung. Danach sollte die Anzahl der "functional constituencies", welche für die indirekten Wahlen von 30 Abgeordneten zuständig sind, von 21 auf 30 erweitert werden, wobei statt der Körperschaften nur deren individuelle Mitglieder das Wahl-

recht besitzen sollten. Das Wahlgremium für die indirekten Wahlen von weiteren 10 Abgeordneten sollte allein oder zum großen Teil von den direkt gewählten Mitgliedern der Bezirksräte gebildet werden. Auf diesen Umwegen erhöhte sich die Anzahl der direkt gewählten Abgeordneten, obwohl sie formell immer noch bei 20 blieb.

Dies stieß wiederum auf scharfe Kritik der chinesischen Seite. Beijing behauptete, daß die Außenminister beider Staaten schon 1990 geheime Vereinbarungen über die Bildung des Wahlgremiums für die indirekten Wahlen von 10 Mitgliedern des Legislativrats 1995 getroffen hätten, und zwar nach dem Modell im chinesischen Grundgesetz für die SVZ Hongkong in bezug auf die Zusammensetzung des 2. und 3. Legislativrats zwischen den Jahren 1999 und 2007. Es sieht vor, daß das Wahlgremium aus 800 Mitgliedern besteht, davon 200 aus Industrie-, Handels- und Finanzkreisen, 200 aus Berufsverbänden, 200 aus Kreisen der Arbeiter, Sozialarbeiter und religiösen Institutionen, 200 aus Kreisen der Legislativratsmitglieder, kommunalen Vertreter, Abgeordneten des chinesischen NVK aus Hongkong und Mitglieder der Chinesischen Nationalen Politischen Konsultativkonferenz aus Hongkong. Am 29. Oktober 1992 haben Beijing und London gleichzeitig sieben diesbezügliche Briefe der beiden Außenminister veröffentlicht. Die Meinungsverschiedenheiten wurden dadurch jedoch kaum beseitigt; der damalige britische Außenminister Douglas Hurd hat in einem Brief vom 12. Februar 1990 an seinen chinesischen Amtskollegen Qian Qichen die Bildung des Wahlgremiums nach dem chinesischen Modell nur prinzipiell akzeptiert und um weitere Diskussion darüber gebeten. Während die chinesische Seite dies als eine Einwilligung Londons verstand, verlangte Gouverneur Patten weitere Verhandlungen.²

Nachdem beide Seiten trotz 17 Verhandlungsrunden keinen Kompromiß hatten erzielen können, verabschiedete der Legislativrat von Hongkong in der Nacht zum 1. Juli 1994 das Wahlgesetz nach dem o.g. Reformplan von Patten. Im September 1995 wurde der letzte Legislativrat der britischen Kolonie gemäß dem neuen Gesetz gewählt, wobei die prodemokratischen Kräfte die meisten Sitze gewinnen konnten. Die Abgeordneten wurden eigentlich für vier Jahre gewählt, und die chinesische Seite zeigte sich nach dem o.g. NVK-Beschluß vom 4. April 1990 prinzipiell bereit, sie als Mitglieder des ersten Legislativrats der SVZ direkt aufzunehmen. Doch aus Protest gegen Pattens Wahlreform erklärte Beijing, den sog. "Durchgangszug" (*Zhitongche*) zu streichen, d.h. den bestehenden Legislativrat nach dem Machtwechsel aufzulösen und statt dessen einen anderen "Kochherd" (Legislativrat) zu errichten.

Am 26. Januar 1996 setzte Beijing seinerseits das VBK zur Rücknahme Hongkongs ein mit 150 Mitgliedern, davon 56 aus der VR China und 94 aus Hongkong. Sie wählten am 10. August desselben Jahres ein Auswahlkomitee zur Nominierung des ersten Regierungschefs der SVZ und zur Wahl eines "Provisorischen Legislativrats". Das Auswahlkomitee hat insgesamt 400 Mitglieder: 100 aus dem Industrie- und Finanzsektor, 100 aus Organisationen freier Berufe, 100 aus Gewerkschaften, Basisorganisationen und religiösen Kreisen, 100 aus politischen Kreisen (26 Abgeordnete des chinesischen NVK aus Hongkong, 34 Vertreter von Mitgliedern der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes aus Hongkong und 40 Politiker Hongkongs) - sie alle sind Bürger Hongkongs. Abgesehen von den 26 von Amts wegen bestimmten Abgeordneten des NVK und den 34 Vertretern der Politischen Konsulta-

tivkonferenz des Chinesischen Volkes aus Hongkong wurden alle anderen 340 Mitglieder des Auswahlkomitees vom VBK gewählt. Da die VBK-Mitglieder von Beijing ernannt wurden, sind sie mit wenigen Ausnahmen der chinesischen Regierung wohlgesonnen, ebenso wie die von ihnen auserkorenen Mitglieder des Auswahlkomitees.

Am 11. Dezember wurde Tung Chee-hwa (Dong Qihua) zum ersten Regierungschef der SVZ und am 21. desselben Monats der Provisorische Legislativrat gewählt. Unter den 60 gewählten Parlamentariern sind 52 oder 87% selbst Mitglieder des Auswahlkomitees. Die prochinesischen Gruppierungen DAB (Democratic Alliance for Betterment of Hong Kong) und der Gewerkschaftsbund haben zusammen 11 Sitze gewonnen. Zusätzlich wurden noch zwei Mitarbeiter von chinesischen Staatsunternehmen in Hongkong gewählt. Die LP (Liberal Party), die hauptsächlich die Interessen von Großunternehmen Hongkongs vertritt, verfügt über 10 Sitze. Diese hält - wie Beijing - politische Ruhe in Hongkong für wichtiger als Demokratie und Freiheit. Die der kommunistischen chinesischen Regierung in Beijing gegenüber kritische DP (Democratic Party) boykottierte die Beteiligung an der Wahl. Sie schloß ein Parteimitglied aus, das trotz des Boykotts als Kandidat an der Wahl teilnahm und schließlich auch gewählt wurde. Neben diesem gab es noch fünf weitere Gewählte, die zu aktiven Demokraten zählen. Zehn der 60 Gewählten sind eigentlich Verlierer bei den demokratischen Direktwahlen zum gegenwärtigen Legislativrat 1995. Einer von ihnen hat diesmal sogar 345 der insgesamt 399 abgegebenen Stimmen bekommen - und damit das Spitzenergebnis vor allen anderen erzielt.³

Im Vergleich zum 1995 demokratisch gewählten Legislativrat der Kronkolonie bezeichnete Gouverneur Patten den vom 400köpfigen Auswahlkomitee bestimmten Provisorischen Legislativrat als eine "seltsame Farce". Infolge des Widerstands der Kolonialregierung konnte die Wahl des Provisorischen Legislativrats nicht in Hongkong stattfinden, sondern mußte auf die Nachbarstadt Shenzhen auf der chinesischen Seite ausweichen. Bis zum Machtwechsel in Hongkong muß er offenbar auch dort tagen und von der Regierung in Beijing vorläufig finanziert werden. Der britische Außenminister Malcolm Rifkind forderte eine Schlichtung des Streits um die Legitimität des Provisorischen Legislativrats vor dem Internationalen Gerichtshof, weil diese Einrichtung weder in der Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung von 1984 noch im chinesischen Grundgesetz für die SVZ Hongkong vorgesehen ist. Dazu sagte aber sein chinesischer Amtskollege Qian Qichen, der auch das Amt des Vorsitzenden des VBK für die Übernahme Hongkongs bekleidet, daß die Errichtung des Provisorischen Legislativrats eine Maßnahme gegen die einseitige Wahlreform der Kolonialregierung Patten gewesen sei und die Angelegenheiten Hongkongs nach dem Machtwechsel zur chinesischen Innenpolitik gehörten. Er hält die britische Reaktion für nutzlos gemäß dem Zitat von Yan Shu aus der Song-Dynastie: "Hilflos das Welken der Blumen beobachten" (*wuke neihe hualuoqu*), also ohnmächtig sein angesichts der Rückgabe der Kronkolonie an China.⁴

Heftige Auseinandersetzungen gibt es auch in der Menschenrechtsfrage. Am 5. Juni 1991, zwei Jahre nach der blutigen Niederwerfung der Demokratiebewegung in Beijing, hat der Legislativrat von Hongkong ein "Bill of Rights" verabschiedet, um die Grundrechte der Bewohner Hongkongs nach dem Machtwechsel 1997 zu sichern.

Danach wurden eine Reihe von Bestimmungen, wie z.B. vor allem das Strafgesetz und die Polizeivorschriften, die mit der "Bill of Rights" nicht konform waren, geändert, was Beijing abermals stark verärgerte. Es meint, daß ab 1997 kein Gesetz von Hongkong einen noch höheren Stellenwert als das Grundgesetz der SVZ haben dürfe, und außerdem seien die Grundrechte bereits im Grundgesetz verankert. Seit kurzem hat sich der Streit zugespitzt. Der chinesische Außenminister Qian Qichen, der auch Vorsitzender des VBK für die Übernahme Hongkongs ist, kündigte am 3. November an, die politische Freiheit in Hongkong als chinesischer SVZ künftig einzuschränken. Zwar werde es weiterhin Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie das Streikrecht in Hongkong geben, aber er schränkte dies sofort ein: Er glaube nicht, daß "die Verbreitung von Gerüchten und persönliche Angriffe" etwas mit Pressefreiheit zu tun hätten. Zudem werde man Gesetze erlassen, die "Hochverrat, Abspaltungsbestrebungen, Umsturz der Zentralregierung, Diebstahl von Staatsgeheimnissen" verbieten. Es gehe auch um ein "Verbot politischer Aktivitäten von ausländischen politischen Organisationen oder Gruppen in der Region". Ebenso werde verboten, daß "politische Organisationen der Region Verbindungen mit politischen Gruppen im Ausland aufbauen".⁵

Um die Meinungsfreiheit Hongkongs in Zukunft zu sichern, plant die britische Kolonialregierung, noch vor der Übergabe durch Novellierung des Strafgesetzes solche Begriffe wie Hochverrat, Separatismus und Subversion genau zu definieren.⁶

Hingegen bereitet die designierte SVZ-Regierung vor, die "Bill of Rights" und die ihr gemäß veränderten Bestimmungen wieder aufzuheben. Vor allem sollen vor dem Machtwechsel ein neues Gesetz für die Öffentliche Sicherheit und ein neues Gesellschaftsorganisationsgesetz vom Provisorischen Legislativrat verabschiedet werden, um öffentliche Demonstrationen und Proteste besser zu kontrollieren und Verbindungen politischer Organisationen mit dem Ausland zu unterbinden.⁷

3 Perspektiven der Zukunft Hongkongs

Im Gegensatz zu seinem Widerstand gegen den Provisorischen Legislativrat äußerte Gouverneur Patten die Bereitschaft, mit dem designierten ersten SVZ-Regierungschef Tung in bezug auf die Übergabe der Kronkolonie zu kooperieren. Dieser war kurz vor der Bekanntgabe seiner Kandidatur für das Amt noch im "Kabinett" (Exekutivrat) der Kolonialregierung. Dennoch genießt Tung großes Vertrauen von seiten Beijings. In den 80er Jahren haben die zu Beijing gehörenden staatlichen Unternehmen in Hongkong die große Reederei der Familie Tung, die "Orient Overseas Lines", durch kräftige finanzielle Unterstützung vor dem Konkurs bewahrt. Er hatte und hat weiterhin neben dem Amt des ersten Regierungschefs der SVZ Hongkong noch zahlreiche Posten in Beijing, wie etwa die Mitgliedschaft in der Nationalen Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, die Beratertätigkeiten für das Büro für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau unter dem chinesischen Staatsrat (Regierung) sowie der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua in Hongkong (offizielle Vertretung Beijings in der Kronkolonie). Im Vorbereitungskomitee zur Rücknahme Hongkongs ist er einer der stellvertretenden Vorsitzenden.⁸

Politisch ist Tung nach eigenem Bekunden konsultativ. Besonderes Gewicht legt er auf traditionelle chinesische Werte, den "Glauben an Ordnung", und stellt die Interessen der Gemeinschaft über die Rechte des Individuums. Sein Vorbild ist Singapurs autoritärer starker Mann, Lee Kuan Yew (Li Guangyao). Beijing gegenüber setzt er auf Konsultation statt Konfrontation.⁹ Im Hinblick auf die politische Stabilität setzte er bei der chinesischen Zentralregierung durch, das gegenwärtige Führungsteam auf der Ebene von Ministern ("secretary") bei der Bildung der künftigen Exekutive der SVZ nicht zu verändern, obwohl einige Minister die Hongkongpolitik Beijings hinsichtlich der Errichtung des Provisorischen Legislativrats sowie der geplanten Einschränkung der Grundrechte öffentlich direkt oder indirekt kritisiert haben.¹⁰ Er selbst verteidigt den Standpunkt der chinesischen Zentralregierung, die Demokratisierung und Liberalisierung in Hongkong zu bremsen, und hält wirtschaftliche Prosperität für wichtiger als politische Freiheit. Er will die Position der Exekutive gegenüber der Legislative wieder stärken, d.h. Patts politische Reform rückgängig machen. Neue Bestimmungen zur straffen Kontrolle von Demonstrationen und Vereinsbildungen sowie ein neues Wahlgesetz sollen vom Provisorischen Legislativrat noch vor dem Machtwechsel verabschiedet werden. Die Zusammensetzung des ersten offiziellen Parlaments der SVZ ist im kommenden Jahr zu erwarten.¹¹

In großer Sorge sind die Hongkonger um die Meinungsfreiheit. In Zukunft werden sicherlich Veranstaltungen wie z.B. zum Jahrestag des Tiananmen-Platz-Vorfalles vom 4. Juni 1989 oder Demonstrationen gegen die Regierung in Beijing nicht mehr erlaubt. Die der chinesischen kommunistischen Führung gegenüber kritischen Organisationen und Massenmedien müssen um ihre Existenz bzw. den Standort in Hongkong bangen. Ferner beabsichtigt Beijing, nach dem Machtwechsel die Geschichtsbücher Hongkongs, die mit den chinesischen historischen Darstellungen nicht konform gehen, teilweise abzuändern, um die Jugend vom "kolonialen Denken" zu befreien.¹²

Allerdings soll es in der SVZ Hongkong nicht zu politischen Verhältnissen wie in der VR China kommen, denn das würde es Beijing schwer machen, Taiwan mit dem "Hongkong-Modell" für die Wiedervereinigung zu gewinnen. Außerdem beobachtet die ganze Welt die Entwicklung in Hongkong nach dem Machtwechsel. Ein starkes Abweichen von den Versprechungen zu den Grundrechten in der Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung würde die Glaubwürdigkeit und das Ansehen Beijings international beeinträchtigen.

Wirtschaftlich gesehen gibt es wenig Probleme für Hongkong bei der Vereinigung mit China, da beide Seiten in dieser Hinsicht aufeinander angewiesen sind. Hongkong hat in den letzten Jahren einerseits von der chinesischen Öffnungspolitik am meisten profitiert, andererseits aber auch zur positiven Wirtschaftsentwicklung Chinas wesentlich beigetragen. Dem Präsidenten der Bank of China, Wang Xuebing, zufolge belief sich Hongkongs Anteil an direkten ausländischen Investitionen in China zwischen 1979 und 1997 auf 57% (93,7 Mrd. US\$).¹³ Eine Verstärkung der Investitionen nach der Wiedervereinigung beider Seiten wird erwartet. Hongkong wird häufig als "Gans", die für China "goldene Eier legt", oder als "Chinas Tor zur Welt" bezeichnet. Es gibt keinen Grund dafür, daß Beijing die Gans schlachten oder das Tor schließen sollte.

Es gibt Vermutungen, daß Hongkong seine Rolle an Shanghai verlieren werde. Dies scheint jedoch unwahrscheinlich, solange Shanghai von der Kommandowirtschaft Beijings nicht befreit ist. Hongkongs Stärke liegt in seiner freien Wirtschaft, und sicherlich wird Beijing im eigenen Interesse die Autonomie Hongkongs nicht antasten.

Einer jüngst vom Forschungszentrum für Sozialwissenschaft an der Universität Hongkong (University of Hongkong) durchgeführten Meinungsumfrage zufolge ist das Vertrauen der Bevölkerung in Hongkongs Zukunft gestiegen. 42% der 534 Befragten glauben an eine weitere Verbesserung der Wirtschaft, ein deutlich höherer Anteil als 1996 mit 26,8% und 1995 mit 20,2% bei entsprechenden Umfragen. Was die politische Entwicklung anbetrifft, sehen 25% der Befragten die Lage für das Jahr 2000 immer noch optimistisch, d.h. ebenfalls mehr als 1996 und 1995 mit 15,8% bzw. 14,2%, obwohl die Pessimisten mit 28,5% immer noch überwiegen.¹⁴

Ferner ist die Zahl der Auswanderer in den letzten drei Jahren kontinuierlich gefallen, und zwar von 62.000 im Jahr 1994 auf 43.100 (1995) und weiter auf 40.300 (1996).¹⁵ Hingegen stieg die Rückwanderungsquote von 7-8% (1990-1991) auf 30% (1993-1994) und weiter sogar auf 60% im Jahr 1995.¹⁶ Die Auswanderung von Bürgern Hongkongs geschah hauptsächlich aus politischen Überlegungen, die Rückwanderung aus wirtschaftlichen Gründen.

Nicht nur die Mehrheit der Einheimischen, sondern auch die meisten ausländischen Geschäftsleute in Hongkong setzen ihr Vertrauen in die Zukunft des Territoriums. Nach einer Umfrage des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft in Hongkong z.B. wollen 97% der Mitgliedsfirmen ihren regionalen Hauptsitz für die nächsten drei Jahre in Hongkong behalten. Fast die Hälfte von ihnen will sogar in den kommenden drei Jahren ihre Aktivitäten steigern. Das Investitionsklima in Hongkong bis zum Jahr 2000 werde von 83% als "sehr günstig" oder "günstig" eingeschätzt.¹⁷

Anmerkungen:

- 1) Zum Text der Sino-britischen Gemeinsamen Erklärung über die Hongkong-Frage in deutscher Übersetzung siehe C.a., 1984/9, S.533 ff.
- 2) Yu-Hsi Nieh, "Zur politischen und wirtschaftlichen Lage von Hongkong angesichts der nahenden historischen Wende 1997", in: C.a., 1993/8, S.828 ff.
- 3) LHB und SCMP, 22.12.96; ZM, Jan. 1997, S. 68 f.
- 4) DGB, 22. und 23.12.96; SCMP, 21. und 22.12.96.
- 5) FAZ, 4.11.96.
- 6) DGB, 28. und 30.11.96; SZ, 28.11.96; AWSJ, 27.11.96.
- 7) DGB, 3.4.97; IHT, 10.4.97.
- 8) Zur Person Tungs siehe Yu-Hsi Nieh, "Hongkong: Eine Noch-Kronkolonie, zwei Regierungen", in: C.a., 1996/12, S. 1161-1164, hier S. 1162 ff.
- 9) NZZ, 7./8. und 12.12.96.
- 10) Von den insgesamt 23 Amtsinhabern in der Führung werden nur zwei ausscheiden. Justizminister (Attorney-General) Jeremy Mathews kann nach den Vorschriften des Grundgesetzes der SVZ wegen seiner nichtchinesischen Staatsangehörigkeit die hohe Position nach dem Machtwechsel nicht mehr behalten, und der amtierende Leiter der Kommission für Korruptionsbekämpfung (Independent Commission Against Corruption), Michael Leung Man-kin, wird im April d.J. in den Ruhestand treten. Zum neuen Regierungsteam der SVZ siehe C.a. 1997/2, Ü 28.
- 11) FT, 7.3.97; AWSJ, 4.3.97; SCMP, 1.3.97.
- 12) Vgl. SCMP und FT, 11.3.97; SZ und IHT, 12.3.97.
- 13) SCMP, 5.3.97.
- 14) Ebd., 21.3.97.
- 15) Nach JSND, April 1997, S.69.
- 16) Ebd., S. 74.
- 17) SZ, 17.3.97.